

(Transcribed by UniScribe (<https://www.uniscribe.co>). Upgrade to remove this message.)

Mein herzlicher Gruß an meine Exkolleggen an den Empfangsgeräten. Bitte auch den Gruß weitergeben an Sinan Seelen. Gerne auch noch mal Herrn Friedrich Merz auffordern von seinem Amt zurückzutreten, weil ich der festen Überzeugung bin.

Man muss damit rechnen, dass der Verfassungsschutz jemanden als Delegitimierer und Verächtlichmacher überwacht. Und diese Überwachung hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Freunde, das müsst ihr unbedingt gesehen haben. Heute war der Demokratiekongress von der AfD und der Maßenwah zu Gast und er hat dort im Publikum jemandem vom Verfassungsschutz entdeckt und hat sich zudem an Herr Seelen persönlich gewendet und komplett mit dem Verfassungsschutz abgerechnet. Und der ganze Saal ist am Ende aufgestanden und hat Herrn Maßen auch noch applaudiert.

Liebe Ellis Weidel, lieber Herr Kopalla, ja, an dieser Stelle mein herzlicher Gruß an meine Exkolleggen an den Empfangsgeräten.

Bitte auch den Gruß weitergeben an Sinan Seelen. Ähm, ein Gruß an die Spitzelquellen und Agenten. Ich kann nur sagen, das was wir heute hier bereden werden, das was ich sagen werde, ist Wert als Delegitimierung und Verächtlichmachung unserer Bundesregierung anzusehen. Und ich werde auch an dieser

Stelle gerne auch noch mal Herrn Friedrich März auffordern, von seinem Amt zurückzutreten, weil ich der festen Überzeugung bin. [applaus] Man hatte mir vorgehalten in einem durch den Verfassungsschutz, ich hatte einmal gesagt, dass

Frau Merkel eine der schlechten schlechtesten deutschen Regierungschefs war seit dem 30-jährigen Krieg. Man hat mir daraufhin eine Verharmlosung des Holocaust vorgeworfen, weil eine der schlechtesten, der Abstand zu Adolf Hitler wäre wohl nicht groß genug.

Ähm, ich habe das dann korrigiert und gesagt, eine der schlechtesten auch seit der Schlacht im Teutoburger Wald. Ich kann noch hinzufügen, Friedrich Merz ist auf dem Weg dazu, Angela Merkel zu überholen. Und ich glaube und ich glaube und ich glaube, die drei Wahlen, die jetzt

anstehen am 6. September, 20. September in den drei Ländern werden vielleicht ihm auch die Gelegenheit geben, rechtzeitig abzutreten und einem anderen Platz zu machen. Das ist zwingend notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes, das Thema klingt lustig, Beobachtungsobjekt zu sein, mögliche Spitzelagenten hier im Raum zu haben, aber es ist überhaupt gar nicht lustig.

Das ist bitter ernst und ich muss ehrlich sagen, ich hätte mir nie vorgestellt über so etwas zu reden, dies überhaupt thematisieren zu müssen. Jeder als junger Jurist, wo ich an die freiheitlich demokratische Grundordnung wirklich geglaubt hatte, als die Grundnung, die die beste für uns ist und

die beste, die wir in der deutschen Geschichte hatten noch als Verfassungsschutzpräsident, wo ich wahrgenommen habe, dass wir ja in einer Erosion von Rechtsstaat und Demokratie leben und wo man den Eindruck schon damals haben musste, als ich 2012 [räuspern] dieses Amt übernommen hatte, dass mehr

und mehr die Interessen des deutschen Volkes zur Seite gedrängt werden und ganz andere Interessen eine offensichtlich zentrale Rolle in der Gestaltung unserer Politik haben. Was wir derzeit erleben, ist aus meiner Sicht ein Frontalangriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung

und die tragende Säule dieser freiheitlich demokratischen Grundordnung. Die tragende Säule ist die Meinungsfreiheit. Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie.

Meinungsfreiheit ist nicht nur ein Grund und Menschenrecht, sondern denkt man sich die Meinungsfreiheit weg, kann man sich auch Parteien sparen oder da hat man nur Kartellparteien, die ohnehin alle nur das Gleiche sagen.

Meinungsfreiheit ist konstituierend für eine freiheitliche Demokratie, wie das Bundesverfassungsgericht, dies auch im Lurteil, einem der ersten markanten Urteile des Bundesverfassungsgerichts feststellte.

Die Meinungsfreiheit ist nicht nur in Gefahr, nein, sie wird systematisch abgebaut. Und das ist nicht nur ein deutsches Problem, das möchte ich hier an dieser Stelle ganz deutlich sagen, weil viele immer sagen, ja, typisch Deutsch, typische deutsche Autoritätshörigkeit oder Gläubigkeit.

Nein, es ist wirklich ein europäisches Problem. maßgebende Impulse gehen von Brüssel aus und mehr noch. Es ist nicht nur ein europäisches Problem, sondern ist ein Problem des Westens. Ein Problem, dass wir in Teilen auch aus den USA importiert hatten, Stichwort Council

Culture, ein Problem, das in Kanada, in Neuseeland, in Australien ähnlich beheimatet ist wie bei uns. Wir müssen sagen, die Prinzipien sind eigentlich überall ähnlich des Abbaus der Meinungsfreiheit, der Zerstörung dann auch von Rechtsstaat und Demokratie, wenn vielleicht in Facetten etwas

unterschiedlich, wenn man sich Großbritannien anschaut, wo man den Eindruck haben muss, der Abbau der Meinungsfreiheit ist dort wesentlich fortgeschrittener noch als in Deutschland, aber man muss sagen, die Mechanismen sind wie abgestimmt und abgesprochen in den meisten Staaten des

Westens ähnlich. Bislang lief es immer vertarrend. Das ist mein Eindruck. Vertarrend ist noch ein Ausdruck aus meinem alten Leben.

Abgetarrt, kamert. Es wird nicht offen davon gesprochen, dass die Meinungsfreiheit zerstört wird. Es wird nicht offen gesprochen, dass wir Zensur haben, sondern man verwendet verschiedene Techniken, um es abzutarnen.

Der Hintergrund von dem ganzen, darüber kann man glaube ich lange diskutieren, aber ich glaube ein paar Gedanken sollte man darauf schon verlieren, wenn man darüber redet. Hintergrund ist, es gibt gesellschaftliche Gruppen, es gibt Parteien, es gibt Menschen, die wollen

eine gesamt andere Gesellschaftsordnung. Sie lehnen eine freiheitliche Demokratie ab und streben eher eine autoritäre oder wie der amerikanische Philosoph einmal beschrieben hat Talmon Jakob Talmon eine totalitäre Demokratie eine totalitäre Demokratie in der es letztendlich nur eine

Zielrichtung gibt nämlich die Zielrichtung die von der Politik vorgegeben wird von der Politik. Der Sozialismus hat sich immer als eine Art totalitäre Demokratie verstanden, nämlich Demokratie gibt's nur im Sozialismus und eine Demokratie kann es nicht außerhalb des Sozialismus geben.

So hat sich auch die deutsche Demokratische Republik nicht aus zynischen Gründen Demokratie genannt, sondern weil sie ja Selbstverständnis hatte, nur in im Sozialismus gibt es eine Demokratie. Mein Eindruck ist, es gibt politische Kräfte in Deutschland, in Brüssel, im Westen, die die freiheitliche Demokratie nicht nur ablehnen, sondern sie zerstören wollen mit dem Ziel, eine autoritäre oder totalitäre Demokratie herzustellen, in der letztendlich nur das demokratisch abgestimmt werden kann, was im Rahmen der Ideologie ist.

Und wir müssen sehen, dass diese Durchsetzung des Konzeptes einer solchen totalitären Demokratie ohne die Beseitigung der Meinungsfreiheit nicht möglich ist. Meinungsweiten muss weg sein, denn ansonsten würde die Mehrheverän würde dies nicht mitmachen. Und da

beobachte ich eine ganze Reihe von Techniken, wie dies passiert. sprach schon davon, dass man versucht, dies zunächst kamert, abgetarn zu machen.

Auffällig ist, dass auch diejenigen, die das betreiben, immer von Meinungsfreiheit reden. Ich kann mich noch erinnern, vor einigen Wochen sah ich an einer Bushaltestelle ein Plakat gesponsort von der Europäischen Union oder Europäischen Kommission, wo deutlich gesagt wurde, dass die

Europäische Kommission sich für die Meinungsfreiheit einsetzt. Ja. Man kann darüber lachen, aber wenn man deren ideologische, aber auch deren taktische Vorstellung kennt, ist das auch gar nicht zum Lachen. Natürlich gibt's Meinungsfreiheit auch nur innerhalb der Ideologie, wie es eben

Demokratie nur in der Ideologie gibt, aber deren Vorstellung ist, es gibt Meinung und es gibt Hass und Hetze. Dadurch, dass man und das war ein kluger Move, kann man sagen, diese Unterscheidung vorgenommen hat. Es gibt auf der einen Seite Meinung und das ist das, was die vertreten und Hass und

Hetze, das ist das, worüber wir heute reden. Durch diese Unterscheidung hat es man es im öffentlichen Bewusstsein geschafft zu sagen, es gibt Meinung, die eingeschränkt ist auf das, was wir festlegen und alles andere ist von der Meinungsfreiheit nicht gedeckt und das

wird mit verschiedenen Vorwänden betrieben. Der eine ist Kampf gegen Hass und Hetze. Der andere Vorwand ist Kampf gegen Desinformation, Mallinformation, Kampf gegen den bösen Putin, womit man dann nur noch als Meinung und als zulässige Tatsachenbeschreibung das

akzeptiert, was letztendlich formal festgelegt wird. Alles andere ist Hass und Hetze ist Desinformation, Mallinformation oder was jetzt neuerdings auch gerne genommen wird. Man entdeckt den Kinderschutz, den Kinderschutz deswegen, weil man dann ganz offen erwarten kann, dass jeder

Mann sich identifiziert mit Klarnamen, um durch den Vorwand des Kinderschutzes letztendlich zu erkennen, wer vertritt hier Positionen, die abweichend sind.

Auch hier wird letztendlich abgetarnt agiert. Eine zweite Technik zur Einschränkung der Meinungsfreiheit ist die Tabuisierung von Personen und die Tabuisierung von Themen. Bei Personen denke ich natürlich auch an Personengruppen oder auch an Parteien.

Technik ist sehr simpel, mit der vorgegangen wird, wenn die AfD das sagt, dann ist es AfD Sprech und ne, wer möchte sich schon AfD Sprech zu eigen machen außerhalb, sag mal der AfD. Damit werden Menschen eingeschüchert, wenn sie ihre politische Auffassung Kritik am

Regierungshandeln zum Ausdruck bringen wollen. Das heißt, wenn eine Person oder eine Gruppierung stigmatisiert ist, tabuisiert ist, wird automatisch auf das Thema tabuisiert. Muss ich sagen, geschickter Zug, der verwendet wird, um Themen aus dem politischen Diskurs

rauszuhalten. Andere Technik ist, dass bestimmte Themen generell nicht angesprochen werden sollen. Ein klassisches Beispiel waren Kommunalwahlen in Köln gewesen, wo sich die Parteien mit Ausnahme der AfD darauf verständigt hatten, das Thema Migration unter keinen Umständen zu thematisieren.

Das heißt, Themen werden rausgenommen aus dem politischen Diskurs, aus dem öffentlichen Diskurs, damit letztendlich auch die Meinung und die Diskussionsfähigkeit eingeschränkt wird. Dann natürlich die Technik auch des Ablenkens von bestimmten Themen, in dem neue Themen

gesetzt werden, die völlig uninteressant sind. Ob es nun ein Wahl ist, der die Menschen über Wochen beschäftigen soll und wo andere Themen, die wesentlich drängend sind, wie die Konjunkturlage oder der Verlust von Arbeitsplätzen, die Menschen nicht beschäftigt, sondern sich mit dem

Schicksal eines Bundeswahls beschäftigen oder es werden Themen erfunden oder kreiert, um gerade in bestimmten politischen Situationen abzulenken. Ich denke da auch an die sogenannte Wannseekonferenz 20 die im Januar 2024 stattgefunden, nee, im November 2024

stattgefunden hatte. Das war das Ereignis im Landhaus Adlon in Potsdam, das allerdings erst im Januar 2024 in die Medien fand, gerade zu der Zeit, zu der es große Bauernproteste in Deutschland gab und zu der Zeit, in der auch viele Logistikunternehmen auf die Straße gegangen sind. Die

Demonstrationen wurden in die Öffentlichkeit danach nicht mehr thematisiert, sondern die Fiktion einer Wannse Konferenz 20, die vorsätzlich kreiert worden war, um auch davon abzulenken, dass das Land Probleme hatte. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine dritte Technik, die Meinungsfreiheit einzuschränken, ist die Einschränkung einfach der Äußerungsmöglichkeiten und der Informationsmöglichkeiten.

Einschränkung der Äußerungsmöglichkeiten dadurch, dass das öffentlichrechtliche Fernsehen, öffentlichrechtliche Rundfunk instrumentalisiert wird zur Agitation und Propaganda bestimmter Positionen, dass andere Positionen gar nicht mehr zugelassen werden, dass Menschen durch

Kernzeit in öffentlichrechtlichen Medien keinen Platz mehr bekommen, ihre Perspektive darzustellen und dass der öffentliche rechtliche Rundfunk darüber hinaus auch als ein Kampfinstrument gegen andere politische Positionen, Parteien und Personen eingesetzt wird.

darüber hinaus auch die Ausgrenzung von anderen Medien, die andere alternative Positionen vertreten, auch dadurch, dass man Landesmedienanstalten mittlerweile benutzt, um alternative Medien, die vor allem im Internet tätig sind, zu kontrollieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird noch ergänzt durch den Digital Service Act, der letztendlich dazu führen soll, dass auch in Social Media eine aus politischer Sicht besondere Reinheit besteht. Das heißt, dass bestimmte Positionen doch nicht mehr zu

lesen und zu finden sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei der Meinungsfreiheit wird oft unterschätzt, dass die Meinungsfreiheit nicht nur das Recht ist, seine Meinung frei zu äußern, frei zu reden, sondern man hat auch das Recht, fremde Meinungen zu hören. Es hat

man es gibt auch ein passives Grundrecht oder Menschenrecht auf Meinungsfreiheit. Ich habe das Recht auch Zeitungen zu lesen, auch wenn die Bundesregierung es nicht will. Ich habe auch das Recht, RT Deutsch zu hören oder zu lesen, wenn ich es will. Ich habe auch das Recht,

kompakt zu lesen, wenn ich es will. Diese Meinungsfreiheit ist also nicht nur eine aktive Meinungsfreiheit, sondern auch eine passive Meinungsfreiheit. Und was ich hier wahrnehme, ist, dass auch dieses Recht, passive Recht auf Meinungsfreiheit dramatisch eingeschränkt wird, dass

Zugänge gesperrt werden, wie bei RT Deutsch. dass die äh bestimmte Kanäle keine Chance haben, durch bestimmte Algorithmen äh in der öffentlichen Wahrnehmung Platz zu finden oder das versucht wurde kompakt verfassungswidriger, ich würde fast sagen verfassungsfeindlicher Weise

zu verbieten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einschränkung der Meinungsfreiheit geht und ich bin von der Ausbildung her Asylrechtler. Auch Asylrechtler geht immer einher mit politischer Verfolgung.

Man kann in jedes Land schauen, wo es Einschränkung von Meinungsfreiheit gibt. Es geht immer einher mit politischer Verfolgung. Es zwingend notwendig.

Denn was bringt es? die Meinung einzuschränken, zu verbieten, dass bestimmte Positionen geäußert werden, wenn sich Menschen nicht daran halten, wenn sich Medien nicht dran halten, wenn Journalisten trotzdem berichten, was sie wollen. Das heißt, es muss Repression eingesetzt

werden, um die Einschränkung der Meinungsfreiheit auch durchzusetzen. nämlich in Deutschland war und das hätte ich auch als Asylrechtler mir nie vorgestellt, dass wir auch in Deutschland über politische Verfolgung reden müssen.

Meinungsfreiheit wird eingeschränkt und wer sich nicht dran hält, muss mit sozialer Ausgrenzung rechnen. Er muss damit rechnen, dass der Ruf durch die Medien und Politiker ruiniert wird. Man muss damit rechnen, dass man einen öffentlichrechtlichen Pranger gestellt

wird und als Unternehmer dann Probleme hat, Aufträge zu bekommen oder als Mitarbeiter eines Unternehmens plötzlich keinen Job mehr hat und keinen mehr findet. Man muss damit rechnen, dass man kein Konto mehr hat. Man wird, wie man nennt es, nennt die Bankted oder

der Mietvertrag gekündigt wird, weil dem Vermieter mitgeteilt wird, dass der Mieter ein verschwörungsträtiger Schwobler oder ein ganz furchtbarer Rechtspopulist ist.

Man muss damit rechnen, dass der Verfassungsschutz jemanden als Delegitimierer und Verächtlichmacher überwacht. Und diese Überwachung hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Und das ist nicht nur das einzige Problem, dass wir mit dem Verfassungsschutz haben, sondern das Problem zieht sich weiter, indem der Verfassungsschutz damit auch entweder direkt in die Öffentlichkeit geht oder indem aus dem Verfassungsschutz in die Öffentlichkeit sickern, dass

Journalisten davon erfahren, ach der sowieso oder die sowieso werden ja vom Verfassungsschutz überwacht oder werden im Nades eingespeichert.

Das heißt, nicht nur das Schnüffeln findet statt, die Überwachung findet statt, sondern die eigentliche Sanktionierung ist die Veröffentlichung dessen, dass man markiert, stigmatisiert ist und das führt dann zu der offensichtlich gewollten Ausgrenzung.

Ein weiterer Schritt, den ich mir auch nie vorgestellt hatte, dass dies in Deutschland stattfindet, ist die Kriminalisierung von Menschen, die bestimmte Auffassungen vertreten. In den letzten Jahren ist das Strafrecht wiederholt und wiederholt geändert worden, ob es der

Volksverhetzungstatbestand ist, Paragraph 130 Strafgesetzbuch oder der sogenannte Majestätsbeleidigungstatbestand 188 des Strafgesetzbuches.

Das sind zunächst nur rechtliche Ergänzungen Verschlimmerungen aber die Justiz hat hier ihren eigenen Weg sich geebnet, indem die Justiz in einem hohen Umfang auch diese Straftatbestellen noch extensiv so ausgelegt hat, dass wir keine Rechtssicherheit mehr darüber haben, was

ist überhaupt noch legal und was ist illegal, wenn bestimmte Ausdrücke, die in der Nazizeit verwendet wurden, heute zu einem Straffurteil wegen Verwenden verfassungswidrlicher Ausdrücke führen können, hat dies mit dem Bestimmtheitsgebrot gar nichts mehr

zu tun, das im Strafrecht gelten muss, nämlich jedem muss klar sein, was ist verboten, welcher Slogan ist verboten, welches Zeichen ist verboten und was nicht. Und was wir hier haben, ist eine bewusste Unsicherheit, die geschaffen wird durch die Strafjustiz, um Menschen im Zweifel,

die den ähm die Möglichkeiten einzuschränken, ihre eigene Meinung zu sagen, weil sie letztendlich Angst davor haben äh mit einem falschen Ausdruck schon vor dem Richter zu stehen.

[applaus]

Was in Deutschland leider zu wenig beachtet wird und was typischerweise in Staaten stattfindet, in denen politische Verfolgung stattfindet, ist, dass die strafrechtliche Verfolgung nur selten über die sogenannten Staatsschutzdelikte stattfindet.

Regelmäßig findet strafrechtliche Verfolgung in Verfolgerstaaten dadurch statt, dass die Strafjustiz mit zwei Leimten [räuspern] Maßmisst, dass Polizei und Staatsanwaltschaften bei dem einen kein Delikt sehen und bei dem anderen wie mit dem Elektronenrastermikroskop

plötzlich ein Steuerdelikt wahrnehmen und dieses Steuer Delikt dann nicht nur zu einem Bußgeld führt, nein, sondern zumindest einer Haftstrafe auf Bewährung. Dieses zweierlei Maßmessen aus politischen Gründen nehme ich derzeit in Deutschland auch wahr. Ich lasse mich gerne von anderen eines

besseren belehren, aber die Fälle, die mir vorgetragen sind, machen dies deutlich und das ist eine Erosion unserer Rechtsstaatlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, [applaus] der neueste Schritt in der Repression hätte ich eigentlich nicht für möglich gehalten und ich muss ehrlich sagen, bis vor einem dreiviertel Jahr hatte ich mich mit diesem Thema auch gar nicht beschäftigt, nämlich den

Sanktionen auf europäischer Ebene. Sanktionen durch den Rat der Außen und Sicherheitsminister werden seit etwa 15 Jahren verhängt.

Sind diplomatische Maßnahmen, die auf einer, ich muss sagen auch aus rechtsstaatlicher Sicht sehr, sehr dürftigen Rechtsgrundlage erfolgen. Das sind Artikel 39 des EU-Vertrages und Artikel 219 des AEUV, also Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

Und dort ist geregelt als diplomatische Maßnahme, dass restriktive Maßnahmen getroffen werden können gegen juristische und natürliche Personen, wenn außenpolitische Ziele beschädigt werden und die außenpolitischen Ziele, die werden dann in bestimmten Beschlüssen festgelegt.

Der Hintergrund, der seiner Zeit bestand für derartige restriktive Maßnahmen, waren das Verhalten von Staaten wie Nordkorea oder dem Iran oder anderen sogenannten Schurkenstaaten, wo man sagte, gut, man trifft eine derartige Sanktion gegen diesen Staat, keine Einfuhr bestimmter Güter, keine

Ausfuhr anderer Güter, um diesen Staat zu einem bestimmten diplomatischen Verhandeln Verhalten zu bestimmen. Das macht durchaus Sinn und damals sagte man wohl, passt schon, kann man machen.

Beim zweiten Schritt war es dann so, dass man sagte, ja, gut, wenn diese Staaten sanktioniert werden, dann müssen aber auch die Regierungschefs sanktioniert werden, denn die Regierungschef können diese Güter ja auch selbst bestellen, oder? Warum sollten sich Luxuskarossen aus

Deutschland kommen lassen? Dann hieß es passt schon. Auch da hätte man schon die Frage stellen können, wie kann es sein, dass Einzelpersonen ohne einen richterlichen richterliche Entscheidung sanktioniert werden? Aber man machte es und dann machte man es auch für die

Familienangehörigen. Dann machte man es für die Leute im Umfeld von Putin, für die Generalität und deren Familienangehörigen. Und mittlerweile sind insgesamt 4300 Einzelpersonen von diesen Sanktionen betroffen.

Und betroffen heißt, die Konten, die hier in Europa, in der EU existieren, die werden eingefroren. eingefroren, hört sich noch euphemistisch an, werden eigentlich den Leuten entzogen. Man kann nicht mehr drauf zugreifen auf nahezu unabsehbare Zeit. Es werden zwar Beschlüsse

getroffen mit einer bestimmten Frist, aber sie werden auch immer wieder verlängert. Das Vermögen wird Ihnen also weggenommen. Bankkonten haben Sie nicht mehr. Sie können auch keinen Geldverkehr über Bankkonten betreiben. Sie können sich vorstellen, was das bedeutet. Keine

Kreditkarte mehr, keine Bankkarte mehr. Man kann es noch nicht mal seine Steuern zahlen. Es darf keine können dürfen keine finanziellen Zuwendungen mehr gemacht werden an die betroffenen, ob es Schenkungen sind oder aus Arbeitsvertrag oder aus anderen Verträgen. Es werden

Reiseverbote verhängt. Diese Personen dürfen nicht mehr in die EU einreisen oder aus der EU ausreisen und es können letztendlich auch die Familienangehörigen davon betroffen werden mit der Begründung. Ansonsten kann das Ganze hier umgangen werden.

Wenn Putin oder Kim Jong Un von derartigen Sanktionen betroffen sind, kann man natürlich sagen, passt schon. Ja, die leben in Moskau oder Pyang, dann verfügen die nicht über ihre Bankkonten in Frankfurt oder in Paris und einreisen zu uns müssen sie ohnehin nicht.

Nun ist die EU auf die Idee gekommen, dieses probate Mittel auch auf eigene Staatsangehörige anzuwenden und auch auf Staatsangehörige der Schweiz. Und das ist natürlich eine ganz andere Dimension auf eigene Staatsangehörige oder jetzt Schweizer Bürger Jack Bo. Und das

bedeutet, diese Personen haben keine Bankkonten. Sie leben hier, sie können kein Geld empfangen, sie dürfen auch noch nicht mehr Sozialleistungen empfangen. Allenfalls dürfen sie ihre Anwälte bezahlen. Und das Ganze erfolgt in einem Verfahren, wo ich sagen muss,

das hat mit Rechtsstaat nichts zu tun. Beschlossen wird dies vom Europäischen Rat der Außen- und Sicherheitsminister ohne vorherige Anhörung der Betroffenen, ohne dass sie überhaupt über Anwälte in dem Verfahren vertreten wurden, ohne Gerichtscheidung und ohne ein Strafrecht, dass das Verhalten dieser Personen als strafbar und sanktionierbar ansieht. Es nur aufgrund einer einzigen Grundlagedepark Artikel 219 AUV, indem es heißt, es können restriktive Maßnahmen erlassen werden. Ergeben können Rechtsmittel eingelegt werden beim europäischen Gericht, aber diese Rechtsmittel haben keinen wirksamen Schutz, weil der Europäische Rat, der Außensicherheitsminister auf die Idee kommt, nach einer positiven Entscheidung dann noch mal eine neue Entscheidung zu treffen. Und das bedeutet, das Ganze läuft wieder von vorne. Das heißt, kein wirksamer Schutz, weil der Rat wiederholt und wiederholt die gleiche Entscheidung treffen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind keine Sanktionen, das ist [räuspert] ein Parallelstrafrecht, das man nicht Strafrecht nennt. Die Menschen werden bestraft für ein Verhalten, das nicht strafbar ist. Einem Jack Bo, einem Herrn Dogru, einem Deutschen, der in Berlin lebt, wird vorgeworfen.

Sie hätten sich Putin freundlich geäußert, bzw. sehr druastreifen stattfindet als Völkerrecht bezeichnet und dafür werden diese Menschen in dieser Weise bestraft, ohne dass es eine Rechtsgrundlage gibt. Es ist hohes mit Blick auf den Verfassungsgrundsatz

Nulla poena sine lege. Das heißt keine Strafe und äh keine Verurteilung, ohne dass es ein Gesetz gibt. Dieses hohes gegenüber den in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Karte verbirgten Rechten eines Angeschuldigten gehört zu werden und sie selbst zu vertreten. Es ist ein Parallelstrafrecht, das so nicht genannt wird. Genauso gut könnte man genauso gut könnte man genauso gut könnte man unser Strafgesetzbuch auch umbenennen im Rahmen des Bürokratieabbaus, dass man sagt, wir haben kein Strafgesetzbuch,

(Free users can only transcribe the first 30 minutes. Upgrade to re-transcribe the full file.)

(Transcribed by UniScribe (<https://www.uniscribe.co>). Upgrade to remove this message.)